

### Die österreichische Ministerkrise.

Das Kabinett Clam-Martinik hat dem Kaiser die Rücktrittserklärung überreicht. Das ist vorläufig das Ergebnis und der Stand der österreichischen Krise. Die Kriegserklärung des Polenklubs hat hingereicht, um eine Regierung zu stürzen, die vor einem halben Jahre berufen wurde, damit sie das neue Oesterreich mache. Sie hat es nicht gemacht, vielmehr hat der Versuch, das Parlament arbeitsfähig zu gestalten und in ihm die für die Sicherung von Oesterreichs Zukunft notwendigen Reformen durchzuführen, außer der neuen Geschäftsordnung, deren segensreiche Wirkung erst durch Tatsachen sich zeigen muß, nichts ergeben, als eine Reihe aufgeregter, zum Teil widerwärtiger, auf alle Fälle dem Ansehen Oesterreichs als Verfassungsstaat abträglicher Ausritte im Abgeordnetenhaus und jetzt den Rücktritt eben dieses Kabinetts, das bei der ersten Belastungsprobe zusammengebrochen ist.

Herr von Körber mußte im letzten Herbst zurücktreten, weil er sich nicht entschließen konnte, die geplanten Reformen vor Einberufung des Reichsrats auf dem Wege der Verordnung durchzuführen. Der Kaiser berief den Grafen Clam-Martinik, der zu den Kreisen gehört, in denen das Oesterreich der Tat, wie man sagt, seine Propheten und Freunde hatte. Es hieß von ihm, er habe unter den Erfahrungen des Krieges eine völlige Umwandlung seiner Gesinnung vollzogen und werde eine Regierung der starken Hand führen. Aber es ist ganz anders gekommen. Graf Clam ist auf denselben Weg getreten, den Körber gehen wollte, und den man diesen nicht gehen ließ, weil er damals als Irrweg galt. Nun ist der Vertrauensmann des Kaisers, dem es nicht an gutem Willen gefehlt hat, gleich über einen der ersten Stelperdrähte des parlamentarischen Verkehrs gefallen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der geschickte Taktiker Körber, der sich in der Technik der Parteienbehandlung auskennt, und den vermutlich der Fehlbefrieb von 70 polnischen Galiziern nicht sofort aus dem Gleichgewicht geworfen hätte, auf diesem Wege ein Stück weiter gekommen wäre, als der neubekehrte Feudale, dem eine parlamentarische Lösung schwieriger Fragen ohnehin nicht besonders gut liegen mag. Wenn man aber diese Betrachtungen anstellt und diese Vergleiche zieht, kommt man leicht zu dem Ergebnis, daß jener Regierungswechsel in Wirklichkeit keine Abkürzung des Weges, sondern eine zeitraubender Umweg und vielleicht etwas Schlimmeres gewesen. Nimmt man hinzu, daß auch die ungarische Krise heute noch nicht so gelöst ist, daß ohne alle Besorgnis das Weitere abgewartet werden kann, so ergibt sich, daß die raschen, oft plötzlich wechselnden Entschlüsse, die seit sechs Monaten die österreichisch-ungarische Politik kennzeichnen, nicht durchaus als ein Zeichen von Entschiedenheit und Kraft angesehen werden müssen. Man hätte denken sollen, Graf Clam-Martinik sei sich des Weges, den er gehen wolle, durchaus bewußt. Wäre das aber der Fall gewesen, so wäre er nicht vor dem Bohlokt einer Gruppe, die doch noch nicht ein Siebentel des Abgeordnetenhauses ausmacht, zurückgewichen. Die Regierung hätte sich dann von vornherein darüber klar werden müssen, wie weit sie im Abgeordnetenhaus auf eine arbeitswillige und für die Ansprüche des Staates eintretende Mehrheit rechnen kann. Wenn die Abschwendung des Polenklubs, der um der Interessen Galiziens willen dem Staate nicht einmal im Kriege das Budgetprovisorium bewilligen will, dem Kabinett seine Aufgabe als aussichtslos erscheinen läßt, so muß man daraus schließen, daß außer den deutschen Parteien wohl überhaupt niemand im Parlament sitzt, der dem Staate, was er zum Leben braucht, bedingungslos bewilligen will. Ist das aber der Fall, dann versteht man nicht, woher Graf Clam und diejenigen, die hinter ihm stehen, die Erwartung schöpften, sie könnten mit einem solchen Reichsrat große und tiefgreifende Reformen durchführen. Es ist dann auch nicht zu begreifen, warum noch im April mit hochgemuten Worten versichert wurde, die Regierung werde unverrückt an den Reformen festhalten, die sie für notwendig erkannt habe. Die Deutschen, die damals sich auf diese Versicherungen verlassen, werden heute erkennen, daß auch diese Regierung weder das sichere Auge noch die feste Hand hat, um das Schiff durch die Brandung zu führen.

Was nun? Eine Reihe von Vermutungen werden herumgetragen. Es scheint, daß man irgendeine Lösung suchen wird, die gar keine Lösung ist, aber wenigstens das Weiterlaufen der Maschine ermöglicht. Man wird das System befolgen, das seit Jahrzehnten schon in Oesterreich angewendet wird. Man lebt von der Hand in den Mund, und wenn man es fertig bringt, das Budgetprovisorium bewilligt zu erhalten, so wird man schon aufatmen und die übrigen Sorgen gern bis zum nächsten Herbst vertagen. Aber es liegt auf der Hand, daß aus einer solchen Politik des „Fortwurstelns“, wie es einst Graf Taaffe genannt hat,

nichts das neue Oesterreich hervorgehen kann, das alle wahren Freunde des Donaureiches sehnsüchtig verlangen und schon im Werden glauben. Kommt dieses neue Oesterreich nicht, so wird der alte Kaiserstaat zwar vermöge seines Schwergewichts und der in ihm lebenden historischen Kraft in den Gleisen weiterlaufen, die Geschichte und Geographie ihm angewiesen haben — „ein Staat wie Oesterreich ver-schwindet nicht“, hat Bismarck einmal gesagt — aber es wird auch weiterhin in diesen Gebieten so bleiben, daß die durch Nationalitätenhader und Parteienzwietracht gebundenen großen Kräfte gebunden bleiben und sich auch allmählich abnutzen. Gewiß sind es zum großen Teil die Parteien, die den heutigen Zustand verschuldet haben. Aber das größte Uebel ist doch, daß sich keine Männer gefunden haben, die den ehrlichen Willen, den Mut und die Kraft hatten, die widerstrebenden Kräfte unschädlich zu machen oder wenigstens zurückzuhalten und dem auseinanderstrebenden Parlament eine Führung zu geben, zu der dieses Vertrauen haben könnte. Eine Regierung, die unruhig hin- und hergeschwankt, findet natürlich ein solches Vertrauen nicht. Wird die folgende Regierung, mag sie nun wieder Clam-Martinik, oder Coudenhove, Beck, oder Spitzmüller heißen, nicht mehr Sicherheit, Festigkeit, Mut und Geschicklichkeit zeigen, so wird der Staat bald wieder am Grabe einer Regierung stehen und wenn es dann so weiter geht, werden, wie heute die Polen, dann morgen alle die Elemente triumphierten, welche die Zukunft Oesterreichs im Wesentlichen in einer völligen Loderung seines Bestandes, und nicht etwa in einer vernünftigen Dezentralisation seiner Verwaltung, sondern in einer separatistischen Autonomie seiner historischen Kronländer sehen. Noch ist es nicht soweit, aber es wird auf sein, wenn die verantwortlichen Männer in Oesterreich sich klar machen, wohin die Fahrt gehen soll.